

Landkreis Vorpommern-Rügen

Der Kreistagspräsident



Niederschrift über die 11. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 6. Juli 2026

Sitzungsraum: Kulturhaus "Treffpunkt Europas", Heinrich-Heine-Straße 1a
in 18507 Grimmen

Sitzungsdauer: 17:00 - 19:09 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglied

Herr Dr. Ing. Alexander Badrow
Frau Ute Bartel
Herr Maik Bowitz
Herr Ernst Branse
Herr Ulf Braum
Frau Wenke Brüdgam
Herr Carlos Dias Rodrigues
Herr Christian Ehlers
Herr Mirk Ewert
Herr Jörg Fiedler
Herr Harry Glawe
Frau Sandra Graf
Herr Martin Graupner
Herr Christian Griwahn
Herr Holger Gutzmann
Herr Thomas Haack
Herr Aurel Hagen
Frau Nicole Halle
Frau Petra Harder
Frau Beatrix Hegenkötter
Herr Benjamin Heinke
Herr Frank Ilchmann
Herr Marco Jahns
Frau Dr. Carmen Kannengießer
Herr Michael Kasch
Frau Kerstin Kassner
Herr Detlef Kegel
Frau Anett Kindler
Herr Siegfried Klein
Herr Holger Kliewe
Herr Sebastian Koesling
Herr Andreas Kuhn
Herr Armin Latendorf
Herr Tino Leipold

Herr Mathias Löttge
Herr Marvin Müller
Herr Thomas Naulin
Herr Dirk Niehaus
Herr Thomas Pauketat
Herr Michael Philippen
Frau Julia Präkel
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Jarod Schilke
Frau Dr. Doris Schmutzer
Herr Karsten Schneider
Herr Maximilian Schwarz
Herr Dario Seifert
Herr Tommy Thormann
Frau Heike Völschow
Herr Andi Wallis
Herr Danilo Wessel
Frau Birgit Wismer
Herr Prof. Dr. Ronald Zabel
Herr Kevin Zenker
Frau Anita Zimmermann
Herr Christian Zorn

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kerth
Frau Kathrin Meyer
Frau Ricarda Rumpel
Frau Dörte Heinrich
Herr Heiko Schröder
Herr Steffen Ulrich
Herr Tilo Koch

Landrat
1. Stellv. d. Landrates
2. Stellv. d. Landrates
Beigeordnete, FBL 2
FBL 4
Fachdienstleiter 01
Fachdienstleiter Kommunalaufsicht

Frau Mandy Klemm
Frau Dr. Christine Braun
Frau Silke Egger

Pressesprecherin
Gleichstellungsbeauftragte
Persönliche Referentin

Herr Bastian Köhler
Frau Manuela Redlich
Herr Hannes Arndt
Frau Silvana Knoll

amt. FGL Kreistagsangelegenheiten
SB Kreistagsangelegenheiten
SB Kreistagsangelegenheiten
SB Verwaltung/Sitzungsdienst

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Herr Jörg Burwitz
Herr Frank Fanter
Herr Torsten Grundke
Herr Thomas Huth
Herr Hendrik Lastovka
Herr Heiko Miraß
Herr Thoralf Pieper
Herr Jens Radtke
Herr Gerd Scharmberg
Herr Jürgen Suhr
Frau Simone Wagner
Frau Susann Wippermann
Frau Andrea Zachow

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 18. Mai 2026
5. Information des Kreistagspräsidenten
6. Bericht des Landrates
7. Anfragen der Kreistagsmitglieder
8. Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH
9. Antrag der Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+: „Für eine nachhaltige und gerechte Finanzierung des Gesundheitswesens“ A/4/0148

- | | | |
|-------|--|-----------|
| 10. | Antrag der Kreistagsfraktion SPD: Erweiterung der digitalen Informationskanäle: „Instagram als festen Bestandteil der Social-Media-Strategie etablieren“ | A/4/0149 |
| 11. | Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN + Die PARTEI: „Fahrradschutzstreifen auf Kreisstraßen oder Teilstücken von Kreisstraßen“ | A/4/0150 |
| 12. | Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: „Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen“ | A/4/0151 |
| 13. | Anträge zur Haushaltssatzung 2026 (BV/0155/2) aufgrund des Entwurfs der haushaltsrechtlichen Anordnung des Innenministeriums M-V vom 1. Juni 2026 | |
| 13.1. | Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur Ergänzung der Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen 2026: „Anpassung der Kreisumlage“ | A/4/0153 |
| 13.2. | Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU+, DIE LINKE zur Haushaltssatzung 2026: „Anhebung des Kreisumlagesatzes und begleitende Konsolidierungsmaßnahmen“ | A/4/0154 |
| 14. | Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb Vorpommern-Rügen | BV/4/0198 |
| 15. | Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Vorpommern-Rügen | BV/4/0185 |
| 16. | Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Vorpommern-Rügen | BV/4/0201 |
| 17. | Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen | BV/4/0197 |

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kreistagspräsident Kuhn eröffnet die 11. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde, 52 von 69 Mitgliedern anwesend sind und damit die Beschlussfähigkeit besteht. **Herr Kreistagspräsident Kuhn** teilt mit, dass von der heutigen Sitzung weder Film- noch Tonaufnahmen angefertigt werden.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Kreistagspräsident Kuhn weist darauf hin, dass sich Herr Schlesinger (Bürger aus Stralsund) an ihn und auch an alle Fraktionen gewendet habe. Er bat darum, Inhaber von Ehrenamtskarten kostenlos mit dem öffentlichen Nahverkehr fahren zu lassen. Es steht den Fraktionen frei, hierzu entsprechende Anträge zu stellen.

Herr Klette (Bürger aus Langendorf) bezieht sich auf das Planfeststellungsverfahren zum Bauvorhaben einer Ortsumgehung Bergen auf der B 196. Die Beteiligung der Öffentlichkeit hierzu läuft nur noch bis zum 31. Juli 2026. Die derzeit angedachte

Planung sei für Radfahrer untragbar. Daher fordert er, dass parallel zur B 196 ein Radweg errichtet werde.

Herr Landrat Dr. Kerth versichert, dass er dieses Anliegen mitnehme und sich damit beschäftigen werde. Er gibt jedoch zu bedenken, dass solche Verfahren oft sehr langwierig seien.

Herr Liebig (Bürger aus Stoltenhagen) sagt, dass der Landrat auf der vergangenen Kreistagssitzung berichtet habe, dass die Kreisverwaltung von einem KI-Unternehmen auf möglichen Einsatz von KI-Technologien untersucht werde. Er fragt, wie viel diese Analyse koste und ob dieses Unternehmen auch für die finale Implementierung von K. I. zuständig sei. Außerdem fragt **Herr Liebig**, ob die Weiterleitung des Sondervermögens von 50.000,00 EUR an die Kommunen bereits abgeschlossen sei. Weiterhin fragt er, warum die KWK-Anlage aus Lubmin nicht an das LNG-Terminal in Mukran angeschlossen wurde. Zuletzt fragt **Herr Liebig**, wann die Auszahlungen der Beteiligungen an Windenergie gemäß § 6 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) an die Bürger von betroffenen Gemeinden erfolge.

Herr Landrat Dr. Kerth sagt, dass die Auszahlung der Gewinnbeteiligung in der Zuständigkeit der jeweiligen Gemeinde liege. Dort könne man nachfragen, wann die Auszahlung erfolgen werde. In der vergangenen Woche habe unter anderem auch hierzu eine Verwaltungsleiterrunde stattgefunden, in der man über die Möglichkeiten des neuen Bürgerbeteiligungsgesetzes beraten habe. **Herr Landrat Dr. Kerth** betont, dass man sich für den Verbleib der KWK-Anlage in der Region eingesetzt habe. Bspw. gingen Schreiben an die Landesregierung. Man bedauere, dass dies keinen Erfolg gebracht habe. Hinsichtlich des Sondervermögens teilt er mit, dass entsprechende Bescheide fertiggestellt seien und sich auf dem Weg zu den Gemeinden befänden. Zuletzt stellt **Herr Landrat Dr. Kerth** klar, dass die Verwaltung, hinsichtlich der Einsatzmöglichkeiten von K.I. nicht von einem Unternehmen, sondern von einem Beratungsteam der Universität Bremen unterstützt werde. Dieses untersuche die Verwaltung und ermittle, in welchen Bereichen K.I. hilfreich sein könnte und Einsparpotenziale bestünden. Dieses Beratungsteam sei dann letztendlich nicht in die Umsetzung involviert. Er könne ad hoc nicht beziffern, wie teuer die Beratung sei.

Herr Seidlitz (Bürgermeister Prerow) sagt, dass in der Gemeindevertretersitzung vom 26. März 2026 der Beschluss gefasst wurde, aus dem Amt Fischland-Darß auszutreten. In der Sitzung sei es zu Unannehmlichkeiten gekommen, die Dienstaufsichtsbeschwerden und Strafanzeigen nach sich gezogen haben. Bis heute hätte es seitens der unteren Rechtsaufsichtsbehörde keine Antworten auf diese gegeben. Er fragt den Landrat, warum seine Mitarbeiter nicht ihren Pflichten nachkämen und wann er mit einer Antwort auf seine Anfragen rechnen könne.

Herr Kreistagspräsident Kuhn merkt an, dass sich diese Frage an den Landrat im übertragenen Wirkungskreis als untere Rechtsaufsichtsbehörde richte und nicht in die Zuständigkeit des Kreistages falle. Er bittet daher den Landrat, sich bei der Beantwortung der Frage kurz zu halten.

Herr Landrat Dr. Kerth erklärt, dass er wisse, dass eine kontroverse Sitzung in der Gemeindevertretung Prerow stattgefunden habe. Ihm sei nicht bekannt, dass Strafanzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden gestellt wurden. Er gibt zu bedenken, dass die untere Rechtsaufsichtsbehörde hier als verlängerter Arm des Innenministeriums M-V agiere.

Herr Harenberg (Bürger aus Ahrenshoop) verweist auf das neue Verkehrswertgutachten in Ahrenshoop. Dieses habe einen Verkehrswert von 2,4 Mio. EUR im Gegensatz zum ursprünglichen Gutachten von 4,3 Mio. EUR. Er fragt, was der Landkreis zur Aufklärung dieser Straftat unternehmen werde.

Herr Kreistagspräsident Kuhn weist darauf hin, dass diese Angelegenheit in der Zuständigkeit der Gemeindevertretung Ahrenshoop liege, die hierzu bereits entsprechende Beschlüsse gefasst habe. Dies liege nicht in der Zuständigkeit des Kreistages, sondern in der weit höheren Zuständigkeit des Landrates. Er bittet darum, diese Thematik zukünftig nicht mehr im Rahmen der Kreistagssitzungen anzusprechen.

Herr Landrat Dr. Kerth sagt, dass er als untere Rechtsaufsichtsbehörde sicherheitshalber solche Fragen von sich weisen müsste, da es möglicherweise nicht im Interesse einzelner Gemeindevertreter sei, diese Thematik im Kreistag zu besprechen. Dies sei Ausdruck des Schutzgedankens der unterschiedlichen Zuständigkeiten, da diese Angelegenheit nicht im übertragenen Wirkungskreis liege, sondern vielmehr dem Innenministerium M-V selbst unterstellt sei und der Landrat hier lediglich als „verlängerter Arm“ agiere. **Herr Landrat Dr. Kerth** stellt klar, dass dieser Vorgang genauestens überprüft werde und sich bisher noch keine der Behauptungen von Herrn Harenberg bestätigt habe.

Weiterhin verweist **Herr Harenberg** auf den Campingplatz in Dierhagen. Dieser habe keine baurechtliche Nutzungsgenehmigung und halte sich auch sonst nicht an gesetzliche Richtlinien. Er fragt, warum dieser Campingplatz seinen Betrieb noch nicht einstellen musste.

Herr Landrat Dr. Kerth antwortet, dass man sich hinsichtlich dieses Campingplatzes in einer Prüfung befinde, aber aktuell keinen genauen Stand mitteilen könne. Er gibt zu bedenken, dass solche Campingplätze oft zu großen Teilen aus Altbestand bestünden und somit unter einer anderen Gesetzgebung genehmigt worden seien. Darüber hinaus dürfe man die enorme Relevanz der touristischen Infrastruktur nicht vernachlässigen.

Zuletzt fragt **Herr Harenberg**, wie oft es in den vergangenen fünf Jahren vorgekommen sei, dass Bauanträge, die durch Bescheide des Bauamtes abgelehnt wurden, durch Genehmigungsfiktionen nachträglich genehmigungsfähig gemacht wurden.

Herr Landrat Dr. Kerth nimmt die Frage zur Kenntnis. Er bezweifle, dass es möglich sei, die Bautätigkeit der vergangenen fünf Jahre auf diesen Umstand zu überprüfen.

Herr Gentz weist darauf hin, dass man die Mittel aus dem Investitionssonderfonds der Bundesregierung erhalten werde. Er fragt, aufgrund welcher Ermächtigungsgrundlage der Amtsausschuss einen einstimmigen Beschluss, unter Anwesenheit aller Mitglieder benötige, um diese Mittel ausgeben zu können.

Herr Landrat Dr. Kerth stellt klar, dass das Wort „Ermachtigungsgrundlage“ hier nicht zutreffend sei, da es sich bei dieser Angelegenheit um einen begünstigenden Verwaltungsakt handle. Es gebe seitens der Landesregierung Vorgaben, die auch mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen worden seien.

Weitere Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Kreistagspräsident Kuhn teilt folgende Änderungen der Tagesordnung mit:

Die Änderungsanträge der Kreistagsfraktionen DIE LINKE und CDU+ zur Haushaltssatzung werden zu einem Antrag.

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion AfD „Einsatz für den finanziellen Ausgleich fehlerhafter Einwohnerzahlen nach dem Zensus 2022“ vor.

Herr Kreistagspräsident Kuhn weist darauf hin, dass gemäß § 107 Abs. 4 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern für die Erweiterung der Tagesordnung die Mehrheit aller Kreistagsmitglieder (35) nötig sei.

Herr Kegel begründet die Dringlichkeit.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die Aufnahme des Dringlichkeitsantrags auf die Tagesordnung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt mehrheitlich gegen die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die geänderte Tagesordnung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 18. Mai 2026

Fragen, Anmerkungen oder Ergänzungswünsche zur Niederschrift über die 10. Sitzung des Kreistags Vorpommern-Rügen vom 18. Mai 2026 werden nicht vorgeragen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen nimmt die Niederschrift vom 18. Mai 2026 zur Kenntnis.

5. Information des Kreistagspräsidenten

Herr Kreistagspräsident Kuhn informiert darüber, dass Herr Heinke aus dem Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen (VVR) ausgetreten sei. Als Nachfolgerin übernehme Frau Präkel.

Herr Kreistagspräsident Kuhn teilt mit, dass er im Rahmen des Präsidiums darum gebeten wurde, die Geschäftsführungen und Vorsitzenden der Fraktionen einzuladen, um die Neuregelungen der KV-DVO zu erörtern, insbesondere in Hinblick auf die Richtlinien zur Verwendung von Fraktionsmitteln. Dazu befinde man sich aktuell in Abstimmung, sodass die Einladungen demnächst verschickt werden könnten.

Weitere Informationen werden nicht vorgetragen.

6. Bericht des Landrates

Herr Landrat Dr. Kerth stellt zunächst klar, dass es hinsichtlich des Zensus 2022 keine erfolgreichen Klagen gegeben habe. Es gab lediglich eine Nachberechnung, die dazu geführt habe, dass einigen Gemeinden nun mehr Einwohner zugeschrieben wurden.

Er informiert darüber, dass der Landkreis mit 2,5 % an der Ostmecklenburgisch-Vorpommerschen Verwertungs- und Deponie-GmbH (OVVD GmbH) beteiligt sei. Dort herrsche schon seit etwas längerem ein Streik. Allerdings sei die Arbeitsfähigkeit dort nicht gefährdet und Müllentsorgungen fänden wie gewohnt statt.

Der Geschäftsführer des Barther Flughafens habe sich dazu entschieden, seine Position aufzugeben. Derzeit werde eine entsprechende Ausschreibung für die Nachbesetzung vorbereitet.

Herr Landrat Dr. Kerth teilt mit, dass die Arbeiten am Berufsschulcampus sehr gut vorangehen. Auch wenn die endgültige Fertigstellung noch geraume Zeit in Anspruch nehmen werde, bestehe kein Zweifel mehr daran, dass dieses Projekt erfolgreich sein werde. Auch habe es einen weiteren Zuwendungsbescheid der Landesregierung in Höhe von 30 Mio. EUR für dieses Vorhaben gegeben.

Weiterhin stellt **Herr Landrat Dr. Kerth** klar, dass seine Aussagen über das Personal im öffentlichen Dienst, über welche in den Medien berichtet wurden, stark übertrieben seien. Er sei zwar der Ansicht, dass die Funktionsfähigkeit des Staates auch mit weitaus weniger Personal zu erhalten sei, jedoch sehe er solche Einsparpotenziale nicht in der Verwaltung des Landkreises Vorpommern-Rügen. In ganz MV habe der Landkreis die niedrigsten Personalausgaben pro Kopf.

In den vergangenen Wochen sei intensiv über das Thema Personal beraten worden, so **Herr Landrat Dr. Kerth**. Im vergangenen Kreistag sei beispielsweise ein Antrag eingereicht worden, der den Abbau von 20 Stellen forderte. Auch wenn dieser Antrag abgelehnt wurde, habe sich die Verwaltung bemüht, Einsparpotenziale ausfindig zu machen. In den Gremien und begleitenden Arbeitsgemeinschaften äußerten jedoch einige Mitglieder vermehrt die Sorge, ob die Mitarbeiter der Verwaltung überhaupt ihre Arbeit schaffen würden.

Außerdem teilt **Herr Landrat Dr. Kerth** mit, dass eine positive Entwicklung des Krankenstandes zu verzeichnen sei. Jedoch arbeite man auch weiterhin daran, den Krankenstand weiter zu reduzieren.

Im Rahmen der vergangenen Tarifrunde wurde das Modell "Tauschtage" eingeführt, so **Herr Landrat Dr. Kerth**. Somit könnten Beschäftigte Teile ihrer Jahressonderzahlung in Urlaubstage umwandeln. Sollten ein Drittel der Beschäftigten diese Möglichkeit nutzen, rechne man mit einem Verlust von 800 bis 1000 Arbeitstagen. Daraufhin habe man geprüft, ob man bei einem Wechsel des Arbeitgeberverbandes womöglich günstigere Konditionen bekäme. Die Ergebnisse dieser Prüfung seien jedoch sehr ernüchternd.

Herr Landrat Dr. Kerth erklärt, dass er die Zuwendungsbescheide für den Investitionsbooster bereits vor 3 Wochen unterschrieben habe. Etliche Ämter und Gemeinden hätten bereits zurückgemeldet, dass sie derzeit die Gremienläufe für die notwendigen Beschlussfassungen ihrer priorisierten Projekte planen würden.

Der Kreistag habe die Verwaltung am 15. Dezember 2025 dazu aufgefordert, bei der

Landesregierung nachzufragen, wie weit die Umsetzung des Beschlusses zum Thema Dokumentationszentrum in Prora sei, so **Herr Landrat Dr. Kerth**. Er gibt zu, dass die Anfrage lange unbearbeitet geblieben sei. Nun habe man aber vor einiger Zeit die Anfrage an die Landesregierung weitergeleitet und warte noch auf eine Antwort.

Herr Landrat Dr. Kerth weist darauf hin, dass sich seit dem vergangenen Jahr das Aufkommen der Anfragen der Kreistagsmitglieder verdoppelt habe. Er bittet die Fraktionen darum, vor Einreichen einer Anfrage zu überprüfen, ob diese nicht auch durch eigene Recherche erledigt werden könne. Natürlich werde man trotzdem auch weiterhin alle Anfragen beantworten.

Zuletzt erklärt **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass er von einer Veröffentlichung des schriftlichen Berichtes des Landrates absehen werde, da die dort aufgeführten Informationen und Themen im Kreistag behandelt werden würden und daher auch nur dort stattfinden sollten.

7. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Herr Niehaus bezieht sich auf seine Anfrage vom vergangenen Kreistag am 18. Mai 2026 und bittet den Landrat nochmals um einen aktuellen Stand zur Umsetzung des im März 2023 durch den Kreistag beschlossenen Energiemanagements.

Herr Landrat Dr. Kerth antwortet, dass er zum derzeitigen Stand keine Auskunft geben könne.

Frau Kassner zeigt sich unzufrieden mit der Entscheidung des Landrates, den schriftlichen Bericht nicht der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Sie bitten den Landrat, nochmals darüber nachzudenken.

Herr Kegel nimmt Bezug auf seine Anfrage vom Kreistag am 23. März 2026. Damals habe der Landrat darüber berichtet, dass sich Asylsuchende mit den ihnen zur Verfügung stehenden Bezahlkarten Gutscheine kaufen und diese in Bargeld umwandeln würden. Daraufhin habe er den Landrat gefragt, was seitens der Kreisverwaltung gegen diesen Umstand unternommen werde. Da man bis heute keine Rückmeldung hierzu habe, bittet **Herr Kegel** um Beantwortung der Anfrage.

Herr Landrat Dr. Kerth sagt, dass er diese Frage heute nicht beantworten könne. Er bittet um Verständnis.

Frau Wismer erklärt, dass der Landkreis im Jahr 2025 einen Bußgeldkatalog für dessen Gemeinschaftsunterkünfte beschlossen habe, um die Sicherheit dort zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund bittet sie um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Bußgeldverfahren wurden seit Einführung eingeleitet?
2. Wie viele Bußgelder wurden tatsächlich festgesetzt?
3. Wie hoch ist die Summe der verhängten Bußgelder?
4. Welcher Betrag konnte hiervon tatsächlich beigetrieben werden?
5. Welche fünf Tatbestände des Bußgeldkatalogs wurden am häufigsten festgestellt?

6. Wie viele Widersprüche wurden gegen Bußgeldbescheide eingelegt?
7. Wie hat sich die Zahl der Sachbeschädigungen in den Gemeinschaftsunterkünften im Vergleich zum Jahr vor Einführung des Bußgeldkatalogs entwickelt?
8. Wie bewertet die Kreisverwaltung insgesamt die Wirksamkeit des Bußgeldkatalogs?
9. Sieht die Kreisverwaltung Änderungs- oder Ergänzungsbedarf am bestehenden Bußgeldkatalog?
10. Beabsichtigt die Kreisverwaltung, dem Kreistag eine Fortführung oder Anpassung des Bußgeldkatalogs vorzuschlagen?
11. Wurden neben Geldbußen auch weitere Maßnahmen (z. B. Verwarnungen, Auflagen, Ausschluss aus der Unterkunft) ausgesprochen?

Herr Landrat Dr. Kerth sagt, dass eine schriftliche Antwort folgen werde.

Frau Meyer merkt an, dass sich der Bußgeldkatalog bereits positiv auf das Verhalten der Bewohner der Gemeinschaftsunterkünfte ausgewirkt habe.

Weiterhin fragt **Frau Wismer**, ob es möglich sei, den schriftlichen Bericht des Landrates bereits drei bis fünf Werktage vor der Sitzung zu erhalten.

Herr Landrat Dr. Kerth gibt zu bedenken, dass die Kommunalverfassung vorsehe, dass der Landrat auf dem Kreistag über wichtige Angelegenheiten informiere. Zusätzlich würde eine weitere Zeitschiene die Koordination erheblich beeinträchtigen. Er bittet um Verständnis.

Herr Schilke weist darauf hin, dass er bereits vor vier Monaten eine schriftliche Anfrage an die Kreisverwaltung bezüglich der Streichung der Stelle des Ehrenamtskoordinators gestellt habe. Er möchte wissen, wann er hierzu eine Antwort erhalten werde.

Herr Landrat Dr. Kerth werde die Frage mitnehmen.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

8. Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH

Redebedarf besteht nicht.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen entsendet folgende Mitglieder in den Aufsichtsrat der Bodden-Klinik Ribnitz-Damgarten GmbH:

- | | |
|----------------------------|------|
| • Frau Kathrin Meyer | CDU+ |
| • Frau Dr. Doris Schmutzer | CDU+ |
| • Herrn Christian Ehlers | CDU+ |

- Frau Anita Zimmermann AfD
- Herrn Jens Radtke AfD
- Herrn Gerd Scharmberg FDP/BfS/VR+

9. Antrag der Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+: „Für eine nachhaltige und gerechte Finanzierung des Gesundheitswesens“ - Vorlage: A/4/0148

Frau Dr. Kannengießer begründet den Antrag.

Frau Graf merkt an, dass die Krankenversicherungen kontinuierlich steigen und die Beiträge immer weiter erhöht werden, wodurch Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitgeber gleichermaßen belastet werden. Die Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge für Bürgergeldempfänger solle vom Bund vollständig getragen werden, wenn er die Sozialleistung beschließt. Sie unterstützt die Forderung, dass neue gesetzliche und europarechtlich veranlasste Leistungsansprüche vollständig gegenfinanziert werden müssen und gibt zu bedenken, dass die Finanzierung der neuen Aufgaben und Leistungen nicht dauerhaft zulasten der Beitragszahler erfolgen dürfe. Es bestehe Handlungsbedarf bei den Einsparpotentialen in den Verwaltungsstrukturen des Gesundheitswesens.

Frau Dr. Schmutzer merkt an, dass der Kreistag bereits im Mai 2023 unter Beteiligung der CDU einen Appell zur Sicherung der medizinischen Versorgung beschlossen habe. Vergangene Woche wurde ein Schreiben direkt an die Bundestagsabgeordneten gerichtet und auf die Folgen für die Krankenhausversorgung in MV hingewiesen. Sie betont damit, dass bereits gehandelt werde.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

Der Landrat wird gebeten, gegenüber der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag, der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern sowie den örtlichen Bundestags- und Landtagsabgeordneten auf eine nachhaltige und gerechte Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung hinzuwirken.

Insbesondere soll sich der Landkreis dafür einsetzen, dass:

1. die Gesundheitskosten von Bürgergeldempfängern durch den Bund vollständig und verursachungsgerecht finanziert werden, um eine zusätzliche Belastung der Krankenkassen und der Beitragszahler zu vermeiden;
2. neue gesetzliche oder europarechtlich veranlasste Leistungsansprüche im Gesundheitswesen vollständig aus Bundesmitteln gegenfinanziert werden und nicht zu höheren Beiträgen oder Leistungseinschränkungen für die Versicherten führen;
3. bestehende Verwaltungsstrukturen im Gesundheitswesen auf Einspar- und Ef-

fizienzpotentiale überprüft werden, um die verfügbaren Mittel stärker für die medizinische Versorgung der Bevölkerung einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

10. **Antrag der Kreistagsfraktion SPD: Erweiterung der digitalen Informationskanäle: „Instagram als festen Bestandteil der Social-Media-Strategie etablieren“**
Vorlage: A/4/0149
-

Herr Müller begründet den Antrag.

Herr Schilke merkt an, dass diese Angelegenheit in der originären Zuständigkeit des Landrates liege und ein Beschluss des Kreistages hinfällig sei, zumal die Kreisverwaltung bereits plane, Instagram als Bestandteil der Social-Media-Strategie zu implementieren.

Herr Landrat Dr. Kerth gibt zu bedenken, dass ein Instagram-Kanal für eine Behörde mehr zusätzliche Arbeit bedeute, als man annehme. Er bestätigt, dass man bereits seit längerem plane, Instagram in die Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises einzubinden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

1. Die Social-Media-Aktivitäten des Landkreises auf Instagram zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

11. **Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN + Die PARTEI: „Fahrradschutzstreifen auf Kreisstraßen oder Teilstücken von Kreisstraßen“**
Vorlage: A/4/0150
-

Herr Niehaus begründet den Antrag und beantragt die Verweisung in den Mobilitätsausschuss.

Herr Zorn gibt zu bedenken, dass auf vielen außerörtlichen Kreisstraßen Schutzstreifen rechtlich gar nicht zulässig seien. Man würde die Verwaltung mit einer teuren Prüfung beschäftigen, deren Ergebnis von vornherein feststehen. Es werde kaum etwas umsetzbar sein und selbst dort, wo Streifen auf die Fahrbahn gebracht werden, bieten sie keinen echten Schutz. Bei enger Fahrbahn entstehe eher eine zusätzliche Gefahr durch bspw. landwirtschaftliche Maschinen. Er betont, dass dies keine Verkehrspolitik sei und die reale Infrastruktur im Landkreis leide, sodass das Geld für echte Radwege, Instandhaltung der Straßen und andere Projekte fehlen würde. Es müsse auf den Berufs- und Wirtschaftsverkehr und die Menschen, die auf ihr Auto angewiesen seien, geachtet werden.

Herr Jahns gibt zu bedenken, dass dies eine Marathonaufgabe sei, die sehr viel Geld koste. Er merkt an, dass in diesem Jahr 29 Milliarden Euro fehlen und wir uns in einer kommunalen Finanzkrise befinden. Zudem ist in dem Antrag keine Deckungsquel-

le genannt.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Antrag auf Verweisung mehrheitlich zu.

12. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: „Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen“ - Vorlage: A/4/0151

Herr Latendorf begründet den Antrag.

Herr Schilke gibt zu bedenken, dass es durch eine Umsetzung dieser Vorlage zu einer Doppelung der Debatten innerhalb der Sitzungen käme. Dies würde den Sitzungsablauf erheblich stören. Er empfehle den Bürgern, ihre Frage stattdessen in den entsprechenden Ausschüssen zu stellen, da man dort detaillierter auf die Fragen eingehen könne und in Ausnahmefällen Gästen auch das Rederecht erteilen könne.

Herr Kreistagspräsident Kuhn weist darauf hin, dass eine Änderung der Hauptsatzung gemäß § 92 Abs. 3 i.V.m. § 5 Abs. 2 S. 3 KV M-V die Mehrheit aller Mitglieder (35) erfordere.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die in der Anlage 1 beigefügte 16. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

13. Anträge zur Haushaltssatzung 2026 (BV/0155/2) aufgrund des Entwurfs der haushaltsrechtlichen Anordnung des Innenministeriums M-V vom 1. Juni 2026

13.1 Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur Ergänzung der Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen 2026: „Anpassung der Kreisumlage“ - Vorlage: A/4/0153

Vom Einreicher zurückgezogen.

13.2 Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU+, DIE LINKE zur Haushaltssatzung 2026: „Anhebung des Kreisumlagesatzes und begleitende Konsolidierungsmaßnahmen“ - Vorlage: A/4/0154

Herr Heinke begründet den Antrag.

Herr Latendorf betont, dass mit dem Antrag Planungs- und Handlungssicherheit geschaffen werde. Es soll eine zügige Haushaltsgenehmigung für 2026 und die Beendigung der vorläufigen Haushaltsführung erreicht werden.

Herr Haack erinnert daran, dass bereits auf der vergangenen Kreistagssitzung versucht worden sei, eine Erhöhung der Kreisumlage zu beschließen. Damals wurde dies vom Kreistag mit klarer Mehrheit abgelehnt. Die Kreisverwaltung handle im Voraus, denn schließlich stehe noch immer nicht fest, ob die Landesregierung den Haushalt tatsächlich nur genehmigen werde, wenn auch die Kreisumlage erhöht würde. Ein offizielles Schreiben hierzu liege nämlich nicht vor.

Die Gemeinden seien in der größten finanziellen Krise seit dem zweiten Weltkrieg. In dem Haushalt, welchen die Bundesregierung für 2027 vorgelegt habe, sei nicht zu erkennen, dass sich daran etwas ändern werde. Man habe die höchsten Steuereinnahmen, die sie jemals hatten, jedoch keine Disziplin, um dieses Geld auch an den richtigen Stellen auszugeben. **Herr Haack** beantragt die namentliche Abstimmung.

Herr Kegel verdeutlicht, was die ständigen Erhöhungsversuche für die Gemeinden eigentlich bedeuten. Bei dem jetzigen Hebesatz von 42,09 % zahlt die Gemeinde bereits 587,53 EUR pro Einwohner an den Kreis. Bei einer Steigerung auf 43,5 % steige dieser Betrag auf 607,21 EUR pro Einwohner. Für eine Gemeinde mit 1000 Einwohnern bedeute das eine Mehrbelastung von nahezu 20.000 EUR. Dieses Geld fehle dann in den Gemeinden für Spielplätze, Straßensanierungen oder Ähnliches. **Herr Kegel** betont, dass die Kommunen, ehrenamtlichen Bürgermeister und Gemeindevertreter keine Schuld an der desolaten finanziellen Situation haben. Vielmehr seien daran die Bundes- und Landesregierung Schuld, welche die Kreisverwaltung mit immer neuen Aufgaben belaste, ohne diese auch vollständig auszufinanzieren. Die Kreisverwaltung versuche nun, diese Lücke durch eine Erhöhung der Kreisumlage auszugleichen. Dies sei unredlich. Die Kreisumlage sei laut Gesetz ein nachrangiges Finanzierungsinstrument und kein Freifahrtschein zur Sanierung des Kreisetats auf Kosten der kommunalen Basis. Es wird sich dem Antrag zur namentlichen Abstimmung angeschlossen.

Herr Landrat Dr. Kerth betont, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen die niedrigsten Kosten in der Kreisumlage pro Einwohner in ganz Mecklenburg-Vorpommern habe. Er stellt fest, dass alle die Sorge um die kommunale Familie teilen. Es sei jedoch Fakt, dass ohne beschlossenen Haushalt keine freiwilligen Ausgaben an die Kommunen möglich wären. Daher dankt er den Antragstellern für das Einbringen dieses Antrags. **Herr Landrat Dr. Kerth** kritisiert jedoch den Vorschlag, einen zeitweiligen Ausschuss zur Koordinierung der Haushaltskonsolidierung einzurichten. Hierfür sei der Kreisausschuss mehr als geeignet. Auch eine Begutachtung durch einen externen Unternehmensberater würde nicht den gewünschten Effekt bringen.

Herr Glawe sagt, dass sowohl ein Fachausschuss als auch ein Unternehmensberater notwendig sei um die Verwaltung gründlich auf Einsparpotenziale zu prüfen.

Herr Braum gibt zu bedenken, dass es noch immer kein offizielles Schreiben gebe, in dem die Landesregierung bestätigt, dass sie den Haushalt ohne Erhöhung der Kreisumlage nicht genehmigen werde. Es komme ihm so vor, als ob der Landkreis in vorauseilender Gehorsam handle. Vielmehr solle der Kreistag die Kreisumlageerhöhung erneut ablehnen, um die Aufforderung der Landesregierung schriftlich zu erhalten.

Herr Löttge zeigt sich verwundert über die erneute Diskussion zur Erhöhung der Kreisumlage. Man lasse sich unnötigerweise von der Landesregierung unter Druck

setzen, obwohl es keine offizielle Mitteilung gebe, in der die Erhöhung der Kreisumlage als Voraussetzung für die Genehmigung des Haushaltes gefordert werde. **Herr Löttge** weist darauf hin, dass, wenn dieser Beschluss gefasst werden würde, die Gemeinden zwar Geld vom Landkreis bekämen, dafür aber ihre eigenen freiwilligen Leistungen einkürzen müssten. Ohnehin müssten dann die Gemeinden ihre Haushalte unter Berücksichtigung dieses Beschlusses neu aufstellen. Er betont, dass dieser Beschluss die Probleme nicht lösen werde, sondern sie nur vom Landkreis auf die Gemeinden verschiebe.

Herr Klein weist darauf hin, dass der Kreistag nicht für den desolaten Zustand der Finanzen in den Gemeinden verantwortlich sei. Von den 105 Gemeinden, die im Zuständigkeitsbereich des Landkreises liegen, seien die meisten tief in den roten Zahlen. Die einzelnen noch nicht finanziell zerstörten Gemeinden würden damit auch endgültig ins Haushaltsdefizit fallen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn weist darauf hin, dass die Kreistagsfraktion CDU+ folgende Änderungen zum Antrag nachgereicht habe. Der zeitweilige Ausschuss zur Haushaltskonsolidierung solle mit 11 statt 9 Mitgliedern besetzt und mit sofortiger Wirkung eingesetzt werden.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um namentliche Abstimmung.

Die namentliche Abstimmung ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Anhebung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2026 auf 43,5 Prozent, um die Voraussetzungen für eine Genehmigung des Kreishaushaltes durch das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen.

Gleichzeitig wird der Landrat beauftragt, zur nachhaltigen Verbesserung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landkreises die nachfolgenden Konsolidierungsmaßnahmen umzusetzen:

1. Einrichtung eines zeitweiligen Ausschusses zur Haushaltskonsolidierung

Der Kreistag richtet einen zeitweiligen Ausschuss mit ~~neun~~ **11** Sitzen mit **sofortiger Wirkung** ein.

Der Ausschuss wird beauftragt,

- gemeinsam mit der Kreisverwaltung die Ausschreibung zur Beauftragung eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers bzw. einer externen Beratungsgesellschaft zur Durchführung einer Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung der Kreisverwaltung vorzubereiten,
- die Durchführung der Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung fachlich zu begleiten,
- die Ergebnisse der Prüfung auszuwerten,
- auf Grundlage der Prüfung konkrete Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung und strukturellen Verbesserung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landkreises zu erarbeiten und damit das Haushaltssicherungskonzept vorzubereiten sowie

- dem Kreistag hierzu Bericht zu erstatten und entsprechende Beschlussvorschläge für die kommenden Haushaltsberatungen zu unterbreiten.

2. Digitalisierung der Verwaltung beschleunigen

- Einführung eines flächendeckenden digitalen Post- und Dokumentenversands (E-Post), um Personal-, Druck-, Porto- und Verteilungskosten dauerhaft zu senken.

3. Investitionen priorisieren

- Nicht zwingend erforderliche Investitionsmaßnahmen sind zeitlich zu strecken oder zurückzustellen. Vorrang haben Pflichtaufgaben sowie investive Maßnahmen mit hoher Förderquote.

4. Jährliche Berichterstattung

- Der Landrat berichtet dem Haushalts- und Finanzausschuss und dem Kreisausschuss jährlich über die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen und die tatsächlich erzielten Einsparungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt bei

30 Ja-Stimmen, 25 Gegenstimmen und einer Enthaltung

14. Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb Vorpommern-Rügen - Vorlage: BV/4/0198

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die in der Anlage beigefügte Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

15. Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Vorpommern-Rügen - Vorlage: BV/4/0185

Herr Landrat Dr. Kerth macht folgende redaktionelle Anmerkung zur Betriebssatzung.

Die Zahl in § 6 Absatz Nr. 2 lautet 200.000,00 EUR und nicht 20.000,00 EUR.

Der § 15 muss nach richtiger Nummerierung § 14 sein.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die in der Anlage beigefügte Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Rettungsdienst Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

16. Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Vorpommern-Rügen - Vorlage: BV/4/0201

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die in der Anlage beigefügte Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

17. Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen - Vorlage: BV/4/0197

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die in der Anlage beigefügte Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Jobcenter Vorpommern-Rügen

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr Kreistagspräsident Kuhn beendet die Sitzung um 19:09 Uhr.

gez. Andreas Kuhn, 18.08.2026

Datum, Unterschrift
Andreas Kuhn
Kreistagspräsident

gez. Bastian Köhler, 18.08.2026

Datum, Unterschrift
Bastian Köhler
Protokollführer